

Kurz und gut - Resolution zum Ausbau der A 21 -

Vor dem Hintergrund

- dass die Metropolregion Hamburg seit Jahren eine dynamische Wirtschaftsentwicklung verzeichnet, die perspektivisch noch weiter zunehmen wird,
- dass nach Überwindung der aktuellen Wirtschaftskrise von einem nachhaltigen Verkehrswachstum im Hamburger Hafen sowie in den Ostseehäfen ausgegangen werden muss,
- dass der beschlossene Bau der Fehmarnbelt-Querung zu einem signifikanten Anstieg der Wirtschaftsverkehre in der Region führen wird,
- dass die stadtnahen hamburger Autobahnen A 1 und A 7 bereits heute an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen und
- dass die B 404 bundesweit zu einer der unfallträchtigsten Fernstraßen zählt, die durch den Ausbau zu einer Autobahn auf höchsten Sicherheitsstandard gebracht werden könnte,



fordern die Industrie- und Handelskammern zu Lübeck, Lüneburg-Wolfsburg, Braunschweig und Schwerin sowie die Handelskammer Hamburg, der ADAC und der Nordland-Autobahn-Verein die Planungsfreigabe und Aufnahme der A 21 in den „Vordringlichen Bedarf“ des nächsten Bundesverkehrswegeplans. Des weiteren wird die Planungsaufnahme sowie die Mittelfreigabe für den Ausbau der A 21 gefordert.

Die A 21 – Ostumfahrung Hamburg – soll die B 404 zwischen der A 1 (Anschlussstelle Bargteheide) und der A 24 (Anschlussstelle Schwarzenbek) ersetzen, weiter von der A 24 bis zur A 250 bei Winsen verlaufen und bis zur A 7 fortgeführt werden. Die Realisierung dieser Autobahn würde dazu beitragen, einen dynamischen Wirtschaftsraum zu erschließen, sieben bestehende Autobahnen zu einem leistungsfähigen Netz zu verknüpfen, die Metropolregion Hamburg verkehrlich zu entlasten und den Ausstoß von CO₂-Emissionen zu reduzieren.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung und die neu gewählten Mitglieder des Bundestags sind aufgefordert, im Rahmen der anstehenden Überprüfung der Fernstraßenausbaugesetze, die für Planung und Bau des Autobahnausbauprojektes A 21 notwendigen Haushaltsmittel im Rahmen der Mittelfristplanung bereit zu stellen.

Die Freie und Hansestadt Hamburg und die Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen sind aufgefordert, gegenüber dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung darauf hinzuwirken, dass die zur Realisierung der Autobahnausbauerstrecke der A 21 notwendigen Mittel zügig bereit gestellt werden.

Hamburg, im August 2009

Kontakt:

Paul Elsholz, Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1, 20457 Hamburg, Tel.: 040 / 36138-491,
E-Mail: Paul.Elsholz@hk24.de